

Jahrzehnte unterschätzt. Mit einer sympathischen Bescheidenheit schreibt der Verfasser im Vorwort (S. VI): „Der meisten Unvollkommenheiten meiner Schrift bin ich mir wohl bewußt; manche davon konnte ich nicht vermeiden; der Kritik aber werde ich dankbar sein, wenn sie mich auf die anderen hinweist.“ Es erfüllt mit Bedauern, den erbetenen Hinweis hier nicht gewähren zu können. Er würde eine neue Schrift erfordern. Außer dem aus anderen Werken entnommenen, unnötigerweise wiederholten feststehenden Material enthält das vorliegende Buch nichts wissenschaftlich Neues. Die Schreibweise ist sehr mangelhaft. Der Verfasser beherrscht die deutsche Sprache nicht.

Straßburg i. E.

August Knecht.

Henri Lévy-Bruhl, *Les élections abbatiales en France I: Époque franque*. Paris, Arthur Rousseau 1913. 201 S.

Die Klöster, die in fränkischen Machtbereich traten, lebten bis zu den bekannten Bestrebungen und Erfolgen Karls des Großen und Ludwigs des Frommen nach verschiedenen Satzungen. Aber alle fühlten bald den Einfluß des neuen Bodens, wie in anderem, so auch in der Wahl ihres Leiters und Hauptes, des Abtes. Die morgenländischen Klosterordnungen, die in verschiedenen Formen anfangs auch im Abendlande gebraucht wurden, schweigen fast völlig über die Bestellung der Vorsteher. Im allgemeinen entspricht dem kirchlichen Brauche des Altertums die Wahl, und so kann man mit Lévy-Bruhl vermuten, daß sie auch in den Klöstern des Morgenlands gewöhnlich war. Doch sei bemerkt, daß in der pachomianischen Gemeinschaft die Ernennung des Vorstehers eines Klosters durch den Generalabt, und dessen Ernennung durch seinen Vorgänger erfolgte; Basilius will die Wahl durch die Vorsteher der andern Bruderschaften. Von den abendländischen Regeln, die für die fränkische Zeit in Betracht kommen, verordnet Cäsarius von Arles die Wahl durch die Mitglieder des Klosters. Für die lerinischen Satzungen gibt es nur eine Vermutung, daß auch dort der gleiche Grundsatz herrschte. In der kolumbanischen Klosterverfassung glaubt Lévy-Bruhl die Ernennung durch den Vorgänger annehmen zu sollen. Eben diese schreibt auch die *Regula Magistri* vor, von der wir nicht wissen, ob sie nicht bloß auf dem Papier blieb. Die Regel des heiligen Benedikt enthält eine genaue Bestimmung für die Wahl durch die Mitglieder des Klosters mit dem Grundsatz der Einstimmigkeit oder der *pars sanior*. Ein Punkt ist dabei für uns nicht mehr durchsichtig. Trifft ein übel gesinntes Kloster eine schlechte Wahl, so soll eine Tätigkeit des Diözesanbischofs eintreten oder (und?) der Nachbaräbte, gegebenenfalls auch der christlichen Laienschaft. Die möglichen Auffassungen über die Wirksamkeit dieser Hilfsstellen darzulegen, ist hier nicht der Ort. Die Regel des heiligen Donatus verordnet ebenfalls die Wahl.

Aber es fehlte viel, daß die Gesetze dieser Regeln über die Bestellung des Abtes ohne weiteres in Tätigkeit treten konnten. Um diese Bestellung rangen in fränkischer Zeit fünf Mächte mit wechselndem Erfolge und zum Teil von sehr verschiedenen Beweggründen ausgehend: die Klöster selbst, die Bischöfe, die Eigenklosterherren, das Königtum und das Papsttum. Eine allgemeine kirchliche Gesetzgebung, wie sie etwa von Synoden hätte erlassen werden können, ist nur für Afrika vorhanden und tritt hier für das Wahlrecht der Klöster ein. Das 4. Konzil von Toledo scheint nach Lévy-Bruhl das Ernennungsrecht der Bischöfe aufzustellen. Andere Synoden betreffen nur Einzelfälle oder stellen jedenfalls weder ein Wahlrecht der Mönche auf noch ein Ernennungsrecht des Bischofs oder sind unklar.

Zu rascher Entscheidung gelangte der Einfluß der Eigenklosterherren. Anderswo hat die Eigenschaft, Stifter eines Klosters zu sein, gewisse Vorrechte verschafft. Hier trat eine neue Vorstellungswelt auf den Plan. Die Klöster teilen das Los der Kirchen im allgemeinen, werden Eigentum des Grundherrn und den Ausnutzungen des Eigentumsrechtes unterworfen. Es entwickelt sich ein Eigenklosterrecht als Unterabteilung des Eigenkirchenrechtes. Dabei ist freilich die besondere Art des Klosters so groß, daß es in Kraft seines starken Organismus mit seinen ganz besonderen Zwecken auch als Eigentum die Bedeutung einer juristischen Persönlichkeit zeigt. Das fränkische Kloster hat also in rechtlicher Hinsicht eine doppelte Gestalt: es ist Eigentum und Gegenstand von Rechten in der Hand eines Dritten und zugleich selbständige Rechtsperson und Inhaber eigener Rechte mit besonderen Zwecken religiöser Natur. Darin liegt der Gegensatz im Begriff des Eigenklosters. Zunächst erfocht der Eigentumsgedanke einen vollen Sieg schon in merowingischer Zeit. Doch ist nach Lévy-Bruhl das Gepräge des Eigenklosters in merowingischer Zeit ein ganz anderes als in karolingischer Zeit. Die ganze Betätigung des Eigentumsrechtes löst sich in den Schutz auf. Das Kloster gibt dem Eigentümer ein geistiges Gut, seine ununterbrochenen Gebete; jener leiht ihm dafür seinen Schutz in allem, was ihm Gefahr bringen könnte. Mit diesem Gedanken des Schutzes deckt der Eigentümer auch das von ihm geübte Recht, den Abt zu ernennen: eine solche Ernennung erscheint ihm im Interesse des Klosters gelegen. Anscheinend übten die Eigentümer in dieser Zeit ihr Recht in der Tat ohne besonderen Mißbrauch; die Heiligenleben äußern keine tadelnden Bemerkungen, und die Kirche nimmt die Übung hin, ohne Einspruch zu erheben. Man braucht nicht mit Lévy-Bruhl in das Verhältnis des Eigenklosters zu seinem Herrn in dieser Zeit eine Art stillschweigenden Vertrags einzuschieben. Es genügte die Vorstellung vom Eigenkirchenrecht, weshalb auch der Herr ohne Mühe sein Ernennungsrecht ableitete. Daß die Folgerungen im Kreise religiöser Auffassung stehenblieben, paßt recht wohl zur allgemeinen Stimmung der Zeit, auf die die neue religiöse Anstalt einen bedeutenden Eindruck machte. Zur später einsetzenden Vergrößerung des Verhältnisses bestand von vornherein die Gefahr, die unter der Gewalt der

veränderten Umstände rasch wirksam wurde. Der Eigenklosterherr merowingischer Zeit ernennt den Abt bei der Gründung des Klosters wie bei Wiederbesetzung der erledigten Abtei, sei es daß er selbst die Leitung übernimmt, doch seit der Klerikatur der Äbte nur, wenn er selbst dem geistlichen Stande angehört, sei es daß er den neuen Abt aus dem näheren oder entfernteren Kreise seiner Verwandten nimmt, dies fast ausnahmslos nur bei Frauenklöstern. Für Neugründungen läßt er den Abt meist aus andern Klöstern kommen, in der Regel, ist es ein einfacher Mönch, unter Einholung der erforderlichen Zustimmung des Abtes. War es der Abt selbst, den er berief, so verstieß die Übernahme zweier Klöster durch einen Abt zwar gegen Kanon 9 der Synode von Epaon (517), aber dessen weise Vorschrift blieb auf dem Papier. Es sei daran erinnert, daß auch Gregor I. solche Vereinigungen vornahm, sie aber doch selbst auf einer Synode verbot. Bei diesen Vereinigungen lief das neue Kloster leicht Gefahr, seine Selbständigkeit zu verlieren. Die Unionen waren daher eine ergiebige Quelle von Streitigkeiten. Bei Wiederbesetzung einer erledigten Abtei scheint meist ein Mönch aus dem Kloster selbst in Frage gekommen zu sein. Dem Ernannten die Abtsweihe durch den Diözesanbischof erteilen zu lassen, war seit dem 6. Jahrhundert in Gallien sehr gebräuchlich, doch nicht unbedingt nötig. Man findet in merowingischer Zeit nicht, daß sich dabei Kämpfe zwischen Bischof und Klosterherrn entwickelt hätten. Daß der ernannte Abt der königlichen Bestätigung oder Investitur bedurfte, wie früher behauptet wurde, wird durch die Quellen nicht bestätigt; niemals greift in merowingischer Zeit der König in die Bestellung des Abtes von Klöstern ein, deren Eigentümer er nicht ist. Ein Verzicht des Eigenklosterherrn auf die Ernennung, zugunsten eines Dritten oder zu gunsten des Wahlrechts der Mönche, ist manchmal zu finden.

Die Bischöfe suchten Einfluß auf die Abtswahl zu gewinnen, teils im Streben nach Organisation teils aus verschieden begründeter unfreundlicher Stellungnahme gegenüber den Klöstern. Da die Kontrolle, die ihnen das Recht der Abtsweihe gab, dem Eigenklosterrecht gegenüber wenig besagte, und ihre Bemühungen überhaupt auf dessen Widerstand stießen, suchten sie sich seiner selbst als Mittel zu bedienen. Es entstehen auf verschiedenen Wegen eine Reihe bischöflicher Eigenklöster. Sie bilden einen Teil des Bistumsgutes. Der Bischof übt über sie ganz dieselben Rechte wie jeder andere Klosterherr, und dies auf Grund seines Eigentums, die bischöfliche Amtsgewalt kommt dabei nicht in Rechnung. Die Bischöfe verzichteten nicht öfter auf die Ernennung als andere Eigentümer. Da die Stellung als Eigenklosterherr für den Bischof immerhin eine Ausnahme bleiben mußte, suchten die Bischöfe weiter größeren Einfluß auf Kloster und Abtswahl aus ihrer Amtsgewalt abzuleiten. Sie mußten in diesem Bemühen dem Widerstand des Königtums und der Päpste weichen. Auch die privaten Eigentümer suchten manchmal durch besondere Vorbehalte und Stellung ihrer Klöster unter königlichen Schutz einen größeren Einfluß der Bischöfe auszuschließen. Die Könige erreichen das gleiche Ziel für ihre

Abteien durch die Erwirkung der bischöflichen Wahlprivilegien durch geheimen Druck oder, in einem Fall ist dies bezeugt, durch offenen Machtspruch. Die Bischöfe verzichten für die mit diesen Privilegien ausgestatteten Klöster auf jedes Eingreifen in die Bezeichnung der Person des Abtes. Es ist ihnen nur ein Recht vorbehalten, das als *promovere, ordinare abbatem* benannt wird. Lévy-Bruhl verweist zu genauerer Bestimmung dieser Handlung auf die Regel des heiligen Benedikt. Da aber nicht völlig entschieden ist, welcher Anteil dort dem Bischof bei der Abtswahl zukommt, so ist nur ersichtlich, daß Lévy-Bruhl irgendein Bestätigungsrecht darin erblickt. Es gibt aber auch Privilegien, die gar kein Recht des Bischofs vorbehalten, abgesehen von der Abtsweihe, die äußerst selten freigegeben wird, in welchem Falle eine fast völlige Exemption geschaffen ist. Zu Beginn des 8. Jahrhunderts ist die Bewegung der bischöflichen Wahlprivilegien abgeschlossen, und die Lage ist die, daß die meisten fränkischen Klöster *sub libertatis privilegium* stehen (Formel bei Markulf, Zeumer S. 39). Das bischöfliche Wahlprivileg bedeutet aber nicht, daß der königliche oder private Eigenklosterherr auch seinerseits auf die Ernennung verzichtet.

In merowingischer Zeit erstehen viele königliche Eigenklöster, durch Gründungen der Könige selbst, der Königinnen oder von Hausmeiern, die später zum Königtum gelangen, oder durch Gründungen seitens Dritter auf königlichem Grundeigentum, wenn der König nicht, was sehr selten vorkommt, bei der Stiftung auf sein Eigentum am Boden verzichtet. Einzelne Klöster werden königlich, indem der bisherige Eigentümer, in der Erkenntnis, sein Schutzrecht aus eigener Macht nicht genügend wahrnehmen zu können, sein Kloster dem König zu eigen gibt. Wird das Kloster bloß in den Schutz des Königs übergeben, so ist Lévy-Bruhl der Ansicht, daß das königliche Schutzkloster vom königlichen Eigenkloster in merowingischer Zeit nur dem rechtlichen Aufbau des Verhältnisses nach verschieden war, nicht in der tatsächlichen Auswirkung des Verhältnisses, da eben in dieser Zeit sich das Eigentumsrecht dem Kloster gegenüber im Schutz und dem auf den Schutz bezogenen Anspruch der Abtsernennung äußerte. Dagegen steht das immune Kloster ganz außer dem Kreise der königlichen Klöster; eine erweiterte Bildung des Immunitätsverhältnisses greift erst im 9. Jahrhundert Platz. Der König ernennt in den königlichen, Eigen- wie Schutzklöstern, den Abt; wahrscheinlich durch eine öffentlich-rechtliche Handlung auf einer Synode. Oder er gewährt den Mönchen das Wahlrecht, und zwar scheinen die Könige hierin die freigebigsten Eigenklosterherren gewesen zu sein; in welchem Umfang der Befreiung, ist nicht leicht ersichtlich, anscheinend meist unter Vorbehalt der königlichen Bestätigung der Wahl.

In der karolingischen Zeit hat sich sehr vieles in der Lage der Klöster geändert. Die Klöster umfassen immer größere wirtschaftliche Gebiete und gewähren dadurch immer mehr Raum für wirtschaftliche Nutzung im Sinne des Eigenkirchenedankens und für politische In-

anspruchnahme. Die ursprünglichen religiösen Zwecke treten für die Inhaber des Eigenklosterrechts in verhängnisvoller Weise zurück; die Not der Zeitereignisse leistete dieser Entwicklung großen Vorschub. In der Wahlfrage spielt sich der Kampf jetzt vor allem zwischen Wahlrecht der Klöster und Ernennungsrecht des Eigenklosterherrn ab. Die Zahl der Klöster in privatem Eigentum hat stark abgenommen. Die meisten sind durch Tradition königliches Eigen geworden. Andererseits hat das Königtum viele seiner Klöster zu eigen oder als Benefizium vergabt, an Einzelne wie an Kirchen oder Klöster. Fortbestehen bleibt der Grundsatz: der Klosterherr ernennt den Abt. Im allgemeinen macht er einen viel weniger guten Gebrauch von der Ernennung. Die letzte Auswirkung der ausschlaggebenden wirtschaftlichen und politischen Nutzung der Klöster ist der Abbacomes, der Laienabt im neuen Sinn: ein Laie, der nicht Mönch ist, Inhaber des Amtes und der Bezüge, beide ein Stück im Familienerbe. In karolingischer Zeit ist dieser Fall sehr häufig. Die königlichen Schutzklöster rücken vollends in gleiche Linie mit den königlichen Eigenklöstern: der Schutz ist nicht mehr ein bloß persönliches Verhältnis, sondern fängt seit dem 8. Jahrhundert an, am Boden zu haften, gleicht also völlig dem Schutzrecht auf Grund des Eigentumsverhältnisses. Endlich bahnte sich unter Karl dem Großen an und vollendete sich unter Ludwig dem Frommen eine Verbindung des Schutzes mit der Immunität, so daß auch der Einfluß des Königtums auf die der Immunität teilhaften Klöster sich ansehnlich steigert. Der König ernennt den Abt in den königlichen Klöstern, Eigenklöstern und Schutzklöstern und in den mit der Immunität zugleich auch des Schutzes teilhaft gewordenen. In neu gegründeten königlichen Klöstern ernennt er den ersten Abt. Er beruft und bestellt für seine Klöster den Reformabt. Er ernennt den Abt bei Wiederbesetzung seiner erledigten Abteien, aus dem Kloster selbst oder anderswoher; im 8. und 9. Jahrhundert sind häufig Kanoniker die Ernannten. Gegen den Laienabt erhebt die Kirche unaufhörlich Einspruch, und die Könige scheinen in dessen Schaffung zurückhaltender gewesen zu sein, so freigebig sie die Güter der Abteien vergaben. Die Frage, wie es überhaupt zur Schaffung von Laienäbten durch Könige kam, die sonst das klösterliche Leben so sehr zu fördern suchten, wie Ludwig der Fromme, löst Lévy-Bruhl mit anderen durch den Hinweis auf den Zwang der politischen Verhältnisse. Der irreguläre Abt konnte dem Königtum ganz anders zu politischen Dienstleistungen mit Hilfe der reichen Kräfte großer Abteien an Menschen und Gütern zur Hand sein als ein Mönch, der als solcher von vielen Geschäften ferngehalten war. Für die geistliche Leitung der Klostergemeinde bestellt man den bekannten Vertreter. Das königliche Ernennungsrecht ist auch jetzt noch auf die besonderen Beziehungen von Eigentum oder Schutz gegründet. Es finden sich nur Ernennungen für königliche (Eigen- und Schutz-) Klöster, und für solche, denen der König die Immunität verliehen. Nicht aber besetzt er die Abteien kraft der königlichen Souveränität oder als allgemeiner Schutzherr der kirchlichen Anstalten. Dem

Ernennungsrecht entsprechend üben die Könige auch ein Absetzungsrecht, auch dies beschränkt auf den eben beschriebenen Kreis von Klöstern. Die Gründe der sehr häufigen Absetzungen sind durchgängig politisch. Auch bei Verzicht eines Abtes auf sein Amt, bei Rücktritt infolge von Wahl zum Bischof oder bei gewaltsamer Entfernung scheint der König in seinen Klöstern ein Zustimmungsrecht beansprucht zu haben. Sie erteilen auch häufig ihren Klöstern das Wahlrecht, meist, nicht immer, bei Gewährung der Immunität; es gibt Immunitätsprivilegien ohne Wahlrecht wie Wahlrechtsprivilegien ohne Immunität. Das Privileg gilt nur für die Regierungszeit des Ausstellers und wird nicht immer, und auch nicht jedesmal unverändert, erneuert. Dagegen scheint es nicht auf einen einzigen Abt beschränkt zu sein; einige Urkunden allerdings beschränken das Wahlrecht ausdrücklich auf den Einzelfall. Das Wahlrecht ist sodann meist eingeschränkt auf die Wahl eines Mitgliedes des Klosters selbst; eine anders geartete Besetzung der Abtei behält sich der König vor. Weitere Beschränkungen finden sich auf Königstreue des Gewählten oder auch der Wähler, Freiheit der Wahl von Simonie, Beibehaltung der Regel des heiligen Benedikt. Manchmal schreitet Ludwig der Fromme über ein Wahlprivileg hinweg, oder es erfolgt ein so starker Druck der königlichen Gewalt, daß nur scheinbar eine Wahl vor sich geht. Regelmäßig ist der Vorbehalt der königlichen Bestätigung. Aber es mußte schon der Wahl selbst, trotz des königlichen Wahlprivilegs, die Ermächtigung des Königs zu dessen Gebrauch vorausgehen. Das Wahlrecht kann der König an seine Eigenklöster erteilen; solche Klöster, die er zur Leihe weitergegeben, erhalten es manchmal auf ihre Bitten vom König über den Kopf des Beliehenen hinweg. In merowingischer Zeit erscheinen keine Schutzbriefe mit Erteilung des Wahlrechts; jetzt ist mit der Verdinglichung des Schutzes auch das Recht des Königs über seine Schutzklöster gewachsen, und wie er in deren Abtswahlen eingreift, so kann er auch, wieder im Gegensatz zur merowingischen Zeit, dem Schutzkloster das Recht der Abtswahl einräumen. Ebenso erscheint das Wahlrecht mehr und mehr bei Erteilung der Immunität. Dagegen scheint der König nicht zu beanspruchen, daß auch unabhängige Klöster sich das Recht der Abtswahl von ihm erteilen lassen: unabhängige Klöster, die aus irgendeinem Grunde ein königliches Wahlprivileg wünschen, sehen wir sich dem König zum Schutz oder zu eigen übergeben. Unzweifelhaft scheint das königliche Wahlprivileg ausgeschlossen zu sein bei Eigenklöstern Dritter. Wohl finden sich königliche Bekräftigungen der Wahlprivilegien anderer Eigenklosterherren. Ein Fall scheint aber auf das Bestreben hinzudeuten, für die königliche Gewalt als solche einen Einfluß auch über die Eigenklöster Dritter in Anspruch zu nehmen. Dieser publizistische Zug im königlichen Einflusse auf die Klöster wird dadurch verstärkt, daß die Ernennung eines Abtes für königliche Klöster schon immer in den Formen einer politischen Handlung durch Beiziehung der Ratgeber am Hofe, Bischöfe, Äbte, Große, erfolgte, und daß die Immunität, wo sie die Grundlage des Eingreifens ist, mit der könig-

lichen Gewalt als solcher verknüpft, weshalb solche Wahlrechtsprivilegien während der ganzen Regierungszeit des Königs Geltung haben, nicht, wie der Schutz, von der Lebenszeit beider Parteien abhängen. (mit Interesse wird man hier Tamburini, *De Jure Abbatum*, tom. I disp. VII [Lyon 1650] lesen.) Neben die privatrechtlichen Grundlagen der königlichen Klosterherrschaft tritt unmerklich die Eigenschaft des Königs als Wahrers der kirchlichen Gesetze und Schirmherrn der kirchlichen Anstalten. Die Kirche ertrug gern ein System, dessen Vorteile im 9. und 10. Jahrhundert noch die Mißbräuche überwogen. Sie forderte immer wieder Abstellung der Mißbräuche, der Verschleuderung des klösterlichen Eigentums und des Laienabbatiats und wünschte bei der Abtwahl ein Zusammengehen mit den Bischöfen. Wohl regte sich schon damals eine Strömung gegen die Herrschaft des Königs über kirchliche Anstalten; aber sie blieb innerhalb einer kleinen Minderheit. Erst das Unvermögen des Königtums im 10. Jahrhundert, die Kirche gegen die verheerenden Anstürme des sog. Feudalismus zu schützen, führte eine Änderung herbei.

Das Papsttum ist im ganzen dem klösterlichen Leben günstig und schützt die Klöster gegen die Mißbräuche der Eigenklosterherren wie gegen die ungünstigen Unternehmungen der Bischöfe. Der Kern dieser Aufgabe bestand im Schutze des klösterlichen Wahlrechts, dem das Papsttum deshalb seine unablässige Aufmerksamkeit zuwendet. In der ersten Zeit beschränken sich die Päpste darauf, Wahlprivilegien zu bekräftigen. Gregor I. tritt besonders für das Wahlrecht solcher Klöster ein, die sich dank der Bemühungen ihrer Klosterherren im Besitze eines bischöflichen Privilegs befanden. Bei Klöstern seines Eigentums übt er selbst ein Ernennungsrecht und erwähnt anderswo ein Kontrollrecht des Diözesanbischofs. Während sich häufig päpstliche Bestätigungen der Wahlprivilegien Dritter finden, und viele Gesuche darum einliefen, ist nur ein Fall sicher bezeugt, wo der päpstliche Stuhl selbständig das Wahlrecht verlieh. In der fränkischen Zeit muß sich jede Autorität auf irgendeine besondere Beziehung stützen können, um sich tatsächlich durchzusetzen. Auch das Papsttum ist sich dessen bewußt; doch tauchen päpstliche Eigenklöster erst in der 2. Hälfte des 9. Jahrhunderts sicher auf. Deren Rolle übernimmt eine andere Sonderbeziehung des päpstlichen Stuhles zu den Klöstern: immer mehr tritt der sog. päpstliche Schutz in Tätigkeit. Er rettete das Mönchtum vor der Aufsaugung durch die Feudalität wie vor der Umbildung seiner Eigenart durch die Bischöfe. Die Gründung Clunis, eines päpstlichen Schutzklosters, nach dem Zerfall der karolingischen Zeit, war berufen, der Markstein in der weiteren Geschichte des Mönchtums zu werden. Bis dahin verkündet die Geschichte der fränkischen Abtwahl laut die überstarke Herrschaft des Eigentumsgedankens.

Die Vorarbeiten für eine Geschichte des Rechts der Abtwahl mehren sich: man darf vom besonderen Standpunkte der Ordensrechtsgeschichte aus wohl alle jene Untersuchungen als solche Vorarbeiten bezeichnen, die, wenn auch von andern Gebieten und Gesichtspunkten

her, die Besetzung der Abteien zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Ländern zum Gegenstand der Forschung machen. Das Buch von Lévy-Bruhl tritt als wichtige Ergänzung zu den älteren und neueren Werken von K. Beyer, *Die Bischofs- und Abtwahlen in Deutschland unter Heinrich IV. in den Jahren 1056–1076*, Halle a. S. 1881; H. Claus, *Untersuchung der Wahlprivilegien der deutschen Könige und Kaiser für die Klöster von ihrer erstmaligen Verleihung bis zum Jahre 1024*, Greifswald 1911; J. Polzin, *Die Abtwahlen in den Reichsabteien von 1024–1056*, Greifswald 1908; H. Riese, *Die Besetzung der Reichsabteien in den Jahren 1056–1137*, Greifswald 1911; M. Brennich, *Die Besetzung der Reichsabteien in den Jahren 1138–1209*, Greifswald 1908. Dazu kommen zahlreiche einzelne Bemerkungen und Beobachtungen in den allgemeineren Forschungen von Stutz, Schreiber, Tomek u. a. (vgl. jetzt am besten: A. Werminghoff, *Verfassungsgeschichte der deutschen Kirche im Mittelalter*<sup>2</sup>, Leipzig 1913).

Skt. Josef b. Koesfeld i. W.

M. Rothenhäusler.

---

Heinrich Günter, *Die römischen Krönungseide der deutschen Kaiser* (a. u. d. T.: *Kleine Texte für Vorlesungen und Übungen* herausgegeben von Hans Lietzmann, 132. Heft). Bonn, A. Marcus und E. Weber 1915. II, 51 S.

Die vielerörterte Frage nach der rechtlichen Natur der römischen Eide des deutschen Königs eignet sich in besonderer Weise zur seminari-stischen Behandlung im historischen oder kanonistischen Seminar. Darum ist die Sammlung Günters, welche das Quellenmaterial für die Zeit von 754 bis 1530 vorlegt, aufs wärmste zu begrüßen, zumal in neuerer Zeit dem Gegenstand wieder erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet wird. Ich erinnere an W. Renken, *Hat König Albrecht I. dem Papste Bonifaz VIII. einen Vasalleneid geleistet?* 1909, worin gegen A. Niemeier, *Untersuchungen über die Beziehungen Albrechts I. zu Bonifaz VIII. 1900*, der Nachweis versucht wird, daß Albrechts I. Eid nur ein erweiterter Fidelitäts-Sicherheitseid sei, wenn er auch die Lehnseidformel stark streife. A. Hessel, *Die Vorlage des Sicherheitseides Albrechts I. im Neuen Archiv* 37, 292 ff. bezeichnet den Eid als einen Amtseid, während R. Moeller, *Ludwig der Bayer und die Kurie im Kampf um das Reich* 1914 S. 157 ff. mit Nachdruck betont, daß die Kurie (vgl. c. un. in Clem. 2, 9) wie die kanonistische Doktrin den Eid Albrechts als Lehenseid angesehen habe. Eine Ergänzung zu Moeller bildet der in der Festschrift für Dietrich Schäfer (*Forschungen und Versuche zur Geschichte des Mittelalters und der Neuzeit*, Jena 1915, S. 6 ff.) erschienene Aufsatz von Heinrich Günter, *Die Krönungseide der deutschen Kaiser im Mittelalter*, welcher begreiflich machen will, „wie die Kaiser das iuramentum leisten konnten, ohne ihrerseits an Vasallität zu denken“. Die Kurie hat also ein Vasallitätsverhältnis zur Geltung zu bringen gesucht, während die